



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadratspräsident Michael Schenk (SVP): Als Einleitung verlese ich Wünsche an den Stadtrat: Gender-Care-Gap¹ mehr thematisieren, Verminderung von Alltagskosten wie Strom, Wasser usw. und möglichst tief halten, eine Karaoke-Bar in Langenthal eröffnen, «Make Langenthal great again». Das sind vier Wünsche von neuen Jungbürgern, denen wir Anfang November 2023 im Bowlingcenter den Jungbürgerbrief übergeben durften. Sie sehen dort hinter Ihnen oder vis-à-vis eine Pinwand mit Post-its. Ich forderte am Schluss die Jungbürger auf, auch entsprechende Wünsche an den Stadtrat auf Zettel zu notieren, damit ich diese dann dem Stadtrat überbringen kann. Wer weiss, vielleicht bringt es ja auch etwas. Es waren knapp 30 Jungbürger, die wir dort begrüsen durften.

Somit eröffne ich offiziell die Stadtratssitzung von heute Abend. Ich begrüsse Sie ganz herzlich, liebe Mitglieder vom Stadtrat, vom Gemeinderat, ebenso die anwesenden Personen der Verwaltung, die Vertreter der Medien sowie die Gäste. Speziell begrüssen möchte ich heute Javier Marquez als neues Stadratsmitglied der Jll als Nachfolger von André Rentsch. Herzlich willkommen. Ich wünsche Dir viel Spass und Freude im Stadtrat. Ich denke, dass Du heute etwas gemütlich starten kannst, was dann aber vielleicht nicht immer so ist. Viel Spass.

Wie Sie sicherlich schon merkten, sitzt neben mir jemand anderes als sonst, wobei sie die Älteren unter uns auch schon hier sitzen sahen, die Jüngeren, die schon länger dabei sind, wohl auch. Janine Jauner sagte spontan zu, weil der Stellvertreter des Stadtratssekretariats heute Abend leider krankheitshalber ausfällt. Wie Sie allerdings alle wissen, hatte Simone Burkhard Schneider vor zwei Wochen ihren letzten Arbeitstag und geht nun einer anderen Herausforderung nach. Ich verabschiedete sie im Namen des Stadtrats vor zwei Wochen mit einem Blumenstraus und dankte ihr dabei für ihre Arbeit. Nun ist Janine Jauner wieder da und stellte sich zur Verfügung, mich bei allfälligen Rechtsfragen zu unterstützen. Wir gehen nun so vor, damit das alles formell seine Richtigkeit hat, dass sich Saima Sägesser als Vizestadratspräsidentin erstmals an Sie wenden und zum Aufwärmen den Appell durchführen wird. Anschliessend wird dann Janine Jauner bei Feststellung der Beschlussfähigkeit noch offiziell durch eine Wahl als stellvertretende Stadtratssekretärin bestätigt. Nun bitte ich Saima Sägesser den Appell durchzuführen.

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend².
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.³

Stadratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, dass Janine Jauner heute Abend als Stadtratssekretärin amtiert, soll dies mit der Stimmkarte anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Wahl von Janine Jauner als stellvertretende Stadtratssekretärin für die heutige Sitzung

37 Ja angenommen

0 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen

Der Versand der Traktandenliste erfolgte vorschriftsgemäss und diese ist auf der Webseite aufgeschaltet. Gibt es nun Bemerkungen zur Traktandenliste? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit gehen wir zu Traktandum Nr. 1 über.

¹ Gender-Care-Gap = Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Zeitaufwand für unbezahlte Sorgetätigkeit von Frauen und Männern.

² Zwei Stadratsmitglieder treffen zwischen 19:13 Uhr und 19:38 Uhr ein. Somit sind 39 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

³ Ein Gemeinderatsmitglied trifft um 19:23 Uhr ein.



1. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für den per 31. Oktober 2023 zurückgetretenen Rentsch André [jll])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit als Ersatzwahl für den per 31. Oktober 2023 zurückgetretenen Rentsch André (jll). Wird das Eintreten dazu bestritten? Nein, dies wird nicht bestritten.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, wurde für die Ersatzwahl des am 31. Oktober 2023 zurückgetretenen André Rentsch Javier Marquez vorgeschlagen. Wünscht jemand das Wort dazu?

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Javier Marquez ist 32 Jahre alt und wohnt seit 2015 wieder in Langenthal. Aufgewachsen ist er in Roggwil. Nach der obligatorischen Schule absolvierte er mit lehrbegleitender Berufsmatur eine Lehre als Hochbauzeichner in einem Langenthaler Architekturbüro. Dann ging er in die RS und danach machte er das Bachelorstudium an der Fachhochschule in Burgdorf. Nach einer dreijährigen Berufsausübung als Bachelor-Architekt durchlief er dann das Masterstudium für Architektur an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz. Heute arbeitet Javier Marquez in einem Architekturbüro in Solothurn. Nebst seiner Tätigkeit in der Politik spielt er Pauke in der Langenthaler Guggenmusik «Megadüder». Daneben ist er gerne in den Bergen unterwegs und entdeckt die Welt auf verschiedenen Reisen. Javier würde sich über eine Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit sehr freuen. Auch wir von der FDP/jll-Fraktion freuen uns sehr, wenn Sie unserem Vorschlag zustimmen. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Wird nun der Wahlvorschlag ergänzt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es ansonsten noch Beratungsbedarf? Nein. Somit kommen wir zur Wahl. Wer Javier Marquez wählen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

Javier Marquez (jll) ist als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt, mit Wirkung ab 12. Dezember 2023 für den Rest der bis zum 31. Dezember 2024 laufenden Legislaturperiode.



2. Überbauungsordnung Nr. 45 "Bützbergstrasse"; Erlass: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 2. Hier geht es um den Erlass und die Genehmigung der Überbauungsordnung Nr. 45 «Bützbergstrasse». Wird das Eintreten dazu bestritten? Nein, es ist unbestritten und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir starten nun zuerst mit der Berichterstattung und anschliessend folgt wie üblich die allgemeine Beratung. Danach steigen wir in die Detailberatung ein und gehen dann die Überbauungsordnung artikelweise durch. Dabei können dann allfällige Anträge zu den Vorschriften gestellt werden, die beraten und über die dann direkt abgestimmt wird. Dasselbe gilt auch für den Überbauungsplan und die Zonenplanänderung. Im Rahmen der allgemeinen Beratung liegt nun die Berichterstattung seitens des Gemeinderates bei Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Im Januar 2016 gaben wir den Auftrag des Gemeinderates zu diesem Projekt entsprechend an das Stadtbauamt weiter, damit mit der Planung dieses hier markierten Areals mit einem Überbauungsordnungsverfahren begonnen werden konnte. Es war dann so, dass dazu im Sommer 2019 ein Workshopverfahren gemacht wurde. Anschliessend fanden dann die öffentliche Mitwirkung, der Vorprüfungsbericht und die Überarbeitung statt, was in diesem Sommer zur öffentlichen Auflage führte. Dazu ist wirklich wichtig zu erwähnen, dass es keine Einsprachen gab. Daraufhin verabschiedete der Gemeinderat dieses Geschäft am 18. Oktober 2023 zuhanden von Ihnen.

Ablauf des Projekts	
Bisher:	
Workshopverfahren	Sommer 2019
Öff. Mitwirkung	Dez. 2019 - Jan. 2020
Vorprüfungsbericht	Februar 2021
Überarbeitung	ab Frühling 2022
Öff. Auflage	30. Juni bis 31. Juli 2023
	Keine Einsprachen
Beschluss GR	18. Oktober 2023
Erlass SR	vorliegend beantragt

Auch bei dieser Planung gibt es verbindliche Teile, die Sie hier entsprechend aufgelistet sehen. Innerhalb der Ihnen zur Verfügung gestellten Dokumente finden Sie dazu auch weitere Berichte und Stellungnahmen wie auch eine Lärmuntersuchung, die beigelegt wurde.

Bestandteile	
Bestandteile der Planung (verbindlich)	
-	Überbauungsplan
-	Überbauungsvorschriften, mit Anhang Richtprojekt
-	Zonenplanänderung
Weitere Dokumente:	
-	Erläuterungsbericht
-	Stellungnahme Lärmbelastung, Prona AG vom 14. April 2022
-	Lärmuntersuchung, Grolimund + Partner AG vom 15. Februar 2023

Diesem Projekt liegt – wie hier im Stadtrat auch schon an anderer Stelle vorgestellt, ein Richtprojekt zu Grunde, der hinsichtlich der städtebaulichen Einbettung, der Höhenentwicklung, der Grundzüge der Fassadengestaltung verbindlich ist, sodass es eine Einteilung in einen Sockel und in ein Obergeschoss gibt. Dazu gibt es auch Richtlinien zu einer vertikal strukturierten Fassade in den Obergeschossen. Im Richtprojekt sind auch die Grundzüge der Umgebungsgestaltung sowie die Erschliessung verbindlich geregelt.



Hier sehen Sie die Visualisierung der Architekten Bakker & Blanc. Es ist hier wohl so, dass die Visualisierung durch den Beamer etwas verzogen dargestellt ist, ist das Ganze im Original doch etwas schlanker als wie es das Bild hier zeigt.



In der Zwischenzeit kam es im Richtprojekt auch zu einer Weiterentwicklung. Dazu gab es Anpassungsvorschläge durch die Bauherrschaft bezüglich der Aussenraumgestaltung, einem zusätzlichen Volumen für die Liftkerne, der Fassadengestaltung und der maximal zulässigen Geschossfläche, was dann alles präzisiert wurde. So kam es auch zu effektiven Präzisierungen bezüglich der Überbauungsvorschriften was die Aussenraum- und Dachgestaltung wie auch die Höhenmasse anbelangt. Mit der hier nun vorliegenden Überbauungsordnung kann der Siedlungsraum in diesem Perimeter unter der Wahrung der ortsbaulichen Qualitäten weiterentwickelt werden. Die städtebauliche Situation im Bereich der Bützbergstrasse/Ecke Talstrasse wird damit aus städtebaulicher Sicht gestärkt. Sie können sich sicherlich vor dem geistigen Auge in Erinnerung rufen, wie es dort in etwa heute aussieht. Dabei findet der Gemeinderat, dass diese Überbauungsordnung zu einer massgeblichen Aufwertung dieses Ortes führt.

Mit der Überbauungsordnung wird auch die Nutzungsart in der Kernzone festgelegt. Wir haben die Erdgeschosse in den Baubereichen C1 und C2; somit also diese beiden Baukörper, die sich ganz im Osten diese Überbauungsordnung befinden, die man zur Hälfte zur Nutzung für Publikumsverkehr und für Arbeitsplätze – beispielsweise mit Läden aus dem Dienstleistungssektor oder dem Gewerbe, bestimmte.



Deshalb legt der Gemeinderat dem Stadtrat den entsprechenden, hier eingblendeten Antrag vor und bittet Sie diesen zu genehmigen. Merci vielmals.



Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Eine Berichterstattung der GPK ist keine vorgesehen, sodass ich gerne den Fraktionen das Wort erteile. Wem von den Fraktionen wünscht sich dazu zu äussern? Möchte sich niemand zu Wort melden? Gut, scheinbar nicht. Gibt es Einzelsprecher? Auch dies ist nicht der Fall. So würden wir nun im Rahmen der Detailberatung artikelweise vorgehen, falls es gewünscht ist. Aber heute läuft es etwas ungewohnt ab, sodass wir aber dennoch kurz die Artikel durchgehen.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

Art. 1 bis Art. 19

Ohne Wortmeldung.

Wenn es keine Anträge oder Voten gibt, schliesse ich diese Beratung. Wünscht der Stadtpräsident nochmals das Wort? Nein. So kommen wir in diesem Fall bereits zur Abstimmung. Wer nun dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums dem Erlass dieser Überbauungsordnung Nr. 45 «Bützbergstrasse» zustimmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 1. **Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 45 "Bützbergstrasse", bestehend aus Überbauungsplan, Überbauungsvorschriften sowie Zonenplanänderung gemäss den Beilagen 2 bis 4, wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



3. Schulzentrum Kreuzfeld; Schulhaus K3, Krippenstrasse 15; Zwischensanierung: Mehrkosten und Anpassungen des Ausführungsprojektes: Genehmigung und Bewilligung eines Nachkredites

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zum dritten Traktandum. Dabei handelt es sich um die Genehmigung und Bewilligung eines Nachkredits beim Schulzentrum Kreuzfeld betreffend Schulhaus K3 an der Krippenstrasse 15 mit der Zwischensanierung und den damit verbundenen Mehrkosten und den Anpassungen des Ausführungsprojektes. Wird das Eintreten bestritten? Nein, dem ist nicht so.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Im Rahmen der Beratung übergebe ich somit erneut das Wort an Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Zu diesem Traktandum wird es dann wohl schon auch zu Voten oder Kommentaren kommen. Und ich werde wahrscheinlich auch ein bisschen länger reden als zuvor beim Traktandum zur Überbauungsordnung. Am 26. Oktober 2020 genehmigte der Stadtrat das Ausführungsprojekt für die Zwischensanierung des Schulhauses K3 an der Krippenstrasse 15. Gleichzeitig bewilligte er den Verpflichtungskredit in der Höhe von brutto 1,32 Mio. Franken zulasten der Investitionsrechnung. Das Bauvorhaben umfasste die Sanierung des Untergeschosses und den Einbau einer Schulküche und einem zusätzlichen Klassenzimmer sowie einer ganz sanften Renovation im Schulgebäude. Während den Bauausführungen stellte sich heraus, dass im Untergeschoss erhebliche Feuchtigkeitsschäden vorlagen, die eine umfassendere Sanierung notwendig machten. Im Gegensatz zum ursprünglichen Plan, beispielsweise die Wände abzudichten, entschied man, eine diffusionsoffene Wandbeschichtung auf Kalkbasis anzubringen. Dies führt zu nicht geplanten Arbeiten wie zum Beispiel dem Entfernen eines nur teilweise vorhandenen Betonbodens und dem Einbau einer neuen, tiefer liegenden Bodenplatte. Es wurden Probebohrungen und Sondierungen vorgenommen, wobei leider nicht zu Tage trat, dass grosse Teile eines eigentlichen Bodens in diesem K3 fehlten. Diese zusätzlichen Massnahmen einschliesslich dem kompletten Entfernen des Verputzes an den Aussen- und Innenwänden sowie die Entfernung und Wiedermontage der Elektroleitungen verursachten Mehrkosten von rund Fr. 55'000.00. Ein weiterer Kostenpunkt entstand durch die Notwendigkeit, eine Aussenrampe mit einer maximalen Steigung von 60% auf der Westseite des Schulgebäudes zu installieren, damit man den barrierefreien Zugang zum Erdgeschoss sicherstellen konnte. Das passierte aufgrund eines Vorbehalts der Procap¹ im Bewilligungsverfahren. Die Kosten für diese Massnahme in der Höhe von etwa Fr. 15'000.00 waren im ursprünglichen Ausführungskredit nicht enthalten. Trotz den erzielten Vergabeerfolgen und Einsparungen bei anderen Arbeitsgattungen konnte die Gesamtkostenüberschreitung von Fr. 67'848.00 nicht vermieden werden, wie es entsprechend in der Kostenkontrolle des Architekturbüros Ducksch Anliker AG vom 30. November 2022 festgehalten wurde.

Eine weitere Herausforderung ergab sich nach Schulbeginn im August 2021. Dabei wurde festgestellt, dass die Akustik in den Klassenzimmern nicht den Erwartungen entsprach und dadurch der Unterricht zu stark beeinträchtigt wurde. Die MBJ Bauphysik + Akustik AG wurde deshalb damit beauftragt, die Raumakustik zu untersuchen. Der Bericht vom 27. September 2021 zeigte, dass in den Klassenzimmern im Erdgeschoss und in den beiden Obergeschossen schallabsorbierende Elemente fehlen. Dies führte zur Empfehlung, dass Decken- und Wandabsorber zu installieren sind, was dann eben zu prognostizierten Mehrkosten von Fr. 70'000.00 führte. Das gesamte Geschäft wurde in verschiedenen Kommissionen und im Gemeinderat im Frühling 2022 behandelt. Daraufhin beschloss der Gemeinderat, dass die Kosten für die Akustikmassnahmen aufgrund von Anträgen der vorprüfenden Kommissionen noch einmal zu überprüfen sind und auch die Materialwahl nochmals geklärt werden muss; und dabei insbesondere auch die Frage, ob die Architekten einen Teil der Mehrkosten tragen sollen oder müssen. Die Überprüfung der Materialwahl ergab, dass Holzwoleplatten aufgrund ihrer hohen mechanischen Beanspruchbarkeit, Montageeignung und einem guten Preis-/Leistungsverhältnis bevorzugt werden. Allerdings ergab sich dazu ein Problem mit einer freiliegenden

¹ Procap = grösste Selbsthilfeorganisation von und für Menschen mit Behinderung in der Schweiz



Mineralfasermatte auf der Oberseite des Panels. Dies wurde nun mit einer Konstruktion mittels einer Mineralfasermatte im Bereich der Abhängekonstruktion und einer Melaminharzschäumplatte auf der Oberseite lösen konnte. Wenn dies nun technisch falsch erklärt wurde, können Sie mich dann anschliessend gerne korrigieren.

Die rechtlichen Abklärungen bezüglich einer Kostenübernahme durch die Architekten können wie folgt beantwortet werden: Aufgrund des Projektverlaufs kann keine Verletzung der Sorgfaltspflicht durch die Architekten gemäss SIA 102 – der Leistungs- und Honorarordnung für Architekten, abgeleitet werden. Der überarbeitete Bericht & Antrag für die Stadtratssitzung wurde eigentlich bereits im April 2023 vorbereitet und bereitgestellt. Aufgrund der finanziellen Situation, sprich durch das damalige Fehlen eines Budgets, sistieren wir diesen Antrag bis heute. Heute liegt er Ihnen nun aber vor. Ich verstehe, dass dies nicht

ein tolles Geschäft ist wie beispielsweise zuvor die ÜO, wenn man zu einem Geschäft einen Nachkredit einholen muss. Aber es ist auch in unserer Verantwortung, dass man Angefangenes sauber zu Ende bringt, wofür es heute mehr Geld braucht. Und ich danke Ihnen für Ihre Mithilfe.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Somit kommen wir bereits wieder zu den Fraktionsprechern. Darf ich dazu jemandem das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Im Investitionsplan wurde diese Zwischensanierung im Juli 2020 mit Fr. 800'000.00 veranschlagt. Im Oktober desselben Jahres waren es dann, wie wir hörten, bereits 1,32 Mio. Franken. Und jetzt sollen nochmals Fr. 160'000.00 für einen Nachkredit gutheissen. Es ist eine unrühmliche Geschichte und ich hoffe, dass die Verantwortlichen lernten etwas über Sondierbohrungen, Nachhallzeiten und Schulzimmereinrichtungen. Unsere Fraktion äusserst sich nicht weiter zu diesem Geschäft und wird dieses Geschäft grossmehrheitlich, aber zähneknirschend annehmen.

SVP-Fraktion, Roland Sommer (SVP): Sanierungsprojekte bergen in der Regel in der Ausführung erfahrungsgemäss grössere Risiken als Neubauten. Wie erwähnt stimmte der Stadtrat am 20. Oktober 2020 einer Zwischensanierung über 1,32 Mio. Franken zu. Dabei ging man davon aus – auch ich persönlich, dass dieses Projekt als Zwischensanierung auch seriös abgeklärt und vollumfänglich recherchiert angegangen wurde. Dass dann aber unter anderem erst nach der Aufnahme des Schulbetriebs 2021 festgestellt wurde, dass explizit die Situation bezüglich Raumakustik in diesen Schulzimmern nicht den Erwartungen entspricht, hat einen faden Beigeschmack. Nach der Behandlung dieses Nachtragskredits in den vorberatenden Kommissionen – der Stadtpräsident erwähnte dies bereits, wurde das Ganze in einer ersten Phase sistiert, beziehungsweise detaillierter abgeklärt und verifiziert. Dass durch diese zusätzlichen Abklärungen diese Kostenüberschreitungen nicht kleiner, aber sicher seriöser wurden, ist heute eine Tatsache. Auch dass sich die Zustände im Moment so präsentieren, wie sie sind, ist ebenso wenig haltbar. Die SVP-Fraktion fühlt sich aus den zuvor erwähnten Gründen überrumpelt, stimmt aber diesen gestellten Nachtragskredit zu.

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Auch bei uns gab dieses Traktandum ziemlich zu reden. Die Schulfrage ist ja auch immer eine, bei der man gerne sehr genau hinschaut. Wir merkten dabei aber auch, dass wir nicht wirklich Fachleute sind und wieviel man dabei im Voraus absehen konnte, konnten auch wir nicht abschliessend beurteilen. Wir stellen aber fest, dass eben bei Gebäuden, bei denen lange Zeit nichts gemacht wird und diese dann Sanierungen benötigen, die Kosten zunehmend höher und auch unberechenbarer werden, weil doch das eine oder andere zum Vorschein kommen kann. Wir sind aber klar der Meinung, dass Schulraum gut zu sein hat, um einen förderlichen Unterricht gewährleisten zu können. Die SP/GL-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu.

GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Auch unsere Fraktion wird diesem Nachkredit zustimmen. Ich möchte aber dennoch zwei, drei Dinge dazu sagen. Ein Nachtragskredit ist ja immer so eine Sache, kann man ja fast nicht Nein dazu sagen, weil es ja fertiggestellt werden muss. Von dem her hinterlässt dies wie bereits erwähnt schon auch einen faden Beigeschmack. Dabei ist das mit dem Boden das eine wie auch das mit der Rampe. Aber was uns wirklich störte, ist die Geschichte mit diesen Akustikplatten, da wir fanden, dass es bei Schulzimmern nun ja nicht um etwas wirklich Neues geht und man diese kennt. Wir gehen davon aus, dass, wenn man dies plant, dies eigentlich auch bekannt ist. Von dem her stellt sich vielleicht



nicht gerade die Frage nach der Schuld, sondern vielmehr, wie man dies nicht sehen konnte? Item. Zwei weitere Sachen möchte ich noch dazu sagen. Wie im Bericht geschrieben erwarten wir, dass das Stadtbauamt das Geld, das hier nun mehr ausgegeben werden muss, bei anderen Projekten wieder einsparen kann. Gleichzeitig hoffen wir, dass bei nächsten Bauvorhaben dieser Art Leute hinzugezogen werden, die auch wissen, wie Schulzimmer zu funktionieren haben. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Somit hätten sich nun alle Fraktionen dazu geäußert und wir kommen zu den Einzelsprechern. Wer möchte sich hier zu Wort melden? Das scheint allerdings nicht der Fall zu sein. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein. Wir kommen nun direkt zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**

1. **Von den während der Bauausführung des Projektes vom 26. Oktober 2020 betreffend die Zwischensanierung im Schulzentrum Kreuzfeld, Schulhaus K3, Krippenstrasse 15, entstandenen Mehrkosten von Fr. 70'000.00 wird Kenntnis genommen. Die entsprechenden Anpassungen des Ausführungsprojektes werden genehmigt.**
2. **Die weiteren Anpassungen des Ausführungsprojektes für Akustikmassnahmen in den Schulzimmern und im Lehrerzimmer mit Mehrkosten von Fr. 90'000.00 werden genehmigt.**
3. **Der für die entstandenen bzw. anfallenden Mehrkosten erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 160'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6610.5040.27 "Zwischensanierung Schulhaus K3", bewilligt.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4 SBB-Tageskarten für Gemeinden: Wiedererwägung und Verzicht auf eine entsprechende Gemeindeaufgabe: Zustimmung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit folgt Traktandum Nr. 4. Hier geht es um die Zustimmung der Wiedererwägung und dem Verzicht auf eine entsprechende Gemeindeaufgabe hinsichtlich der SBB-Tageskarten für Gemeinden. Wird dazu das Eintreten bestritten? Nein, so gehen wir zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt bei Vizestadtpräsident Markus Gfeller, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Ich darf Ihnen dieses Geschäft kurz vorstellen. Die SBB-Tageskarte ist ein sehr beliebtes Angebot, das in der Stadt sehr häufig genutzt wurde. Der Stadtrat führte dies im Oktober 2007 ein. In den Spitzenzeiten verfügten wir über zehn Tageskarten, die dann auch sehr gut liefen. Wir reduzierten dann die Anzahl auf fünf Stück, als im Rahmen der Corona-Zeit die Reiserei deutlich zurückging, und dem Minimum entsprach, was wir je zur Verfügung stellten. Zurzeit stehen sechs Tageskarten im Einsatz, die in den letzten Monaten eigentlich praktisch immer zu 100% ausgebucht waren. Das heute gültige System ist so – und wenn ich von «heute» spreche, so gilt dies genau noch einen Monat und drei Tage, dass die Gemeinden Tageskarten immer als ganze Sets für je 365 Tage bestellen können. Diese werden den SBB für Fr. 14'000.00 abgekauft, wozu dann der weitere Verkaufspreis selber festgelegt und den Gemeindegürgern als einzelne Tageskarte abgegeben werden kann.

Die SBB entschied vor längerer Zeit, dass sie das System umstellen wollen, was zwei, drei Jahre in Anspruch nahm. Die neue Struktur, wie das nun laufen soll, sieht deutlich anders aus. Es ist eben so, dass es nun kein Gemeindegkontingent mehr gibt, sondern die Gemeinden entscheiden können, ob sie mitmachen oder nicht. Auf der anderen Seite stellt die SBB täglich ein bestimmtes Kontingent an Tageskarten schweizweit zur Verfügung. Die gesamte administrative Abwicklung wird dadurch deutlich komplizierter, weil man dabei dazu gezwungen wird, diese Karten zu personalisieren, was bislang nicht der Fall war, sondern die Karten einfach bei der Gemeinde zu bestellen waren. Danach konnte diese von der Gemeinde zusammen mit der Rechnung verschickt oder den Betrag via Kreditkarte eingezogen werden. Neu würde es nun so sein, dass diese Leute an den Schalter kommen müssen und dann die personalisierten Karten unter Angabe von Namen und Geburtsdatum beziehen könnten. Zusätzlich gibt es nicht nur Eintageskarten, sondern es gibt vier verschiedene Tageskarten, die zudem mit verschiedenen Preisstufen versehen sind. Dabei wurde nun bei dieser neuen Abwicklung eine elektronische Vorgehensweise nur noch sehr peripher einbezogen. Wir finden es an und für sich schade, dass ein Angebot, das auf solch eine gute Resonanz bei der Bevölkerung stiess, nun in dieser Form verkompliziert wird. Möglicherweise hat die SBB selber gar kein grosses Interesse mehr daran, weil sie ja selber ebenso Spartageskarten anbieten, die zum Teil zu einem deutlich günstigeren Preis erworben werden können, als wie das neu bei diesen öffentlichen Tageskarten der Fall wäre. All diese Details konnten Sie auch bereits den entsprechenden Akten entnehmen.

Was übrigens auch noch neu und vielleicht ebenso wichtig zu erwähnen ist, ist die Tatsache, dass all diejenigen, die Interesse an diesem Angebot bekunden – unabhängig davon, ob die Stadt Langenthal dieses neue Vorgehen anbietet oder nicht anbietet, solche Tageskarten bei allen Gemeinden beziehen können, die dies anbieten. Zurzeit wissen wir von ein paar Gemeinden in der Umgebung, die das so machen werden, beispielsweise Lozswil, Madiswil, Melchnau, Niederönz oder Thunstetten. Wir kennen aber auch solche, die es nicht anbieten werden wie z. B. Aarwangen, Bannwil, Huttwil, Niederbipp und Roggwil. Daneben gibt es noch einige Gemeinden, die dies im Rahmen eines Pilotprojekts anbieten wollen. Wir entschieden uns dafür, dass wir dieses Angebot nicht mehr anbieten möchten, weil es administrativ einfach zu aufwendig ist und die finanzielle Abgeltung deutlich zu tief ausfällt. Da wir nun fanden, dass dies für uns nicht stimmt, möchten wir eben auch keinen Pilotversuch durchführen, da es keinen Sinn macht mit einem Piloten anzufangen, wenn man danach das Angebot eben grundsätzlich gar nicht anbieten will. Deshalb sagten wir, dass



wir mit dem Einverständnis des Stadtrates per Ende 2023 aus diesem Angebot aussteigen. Vielmehr möchte ich im Moment nicht dazu sagen. Ich bin gespannt auf die Diskussion und bitte Sie dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci dafür. Eine Berichterstattung der GPK ist keine vorgesehen, sodass ich den Fraktionsprechenden das Wort übergeben möchte.

FDP/jll-Fraktion, Jana Fehrensén (FDP): Wie bereits bekannt endet das Angebot der Tageskarte via Gemeinde per Dezember 2023. Das Nachfolgeprodukt «Spartageskarte Gemeinde». In diesem Zusammenhang beantragte die Stadt Langenthal die Überprüfung der Aufgabe sowie die Entbindung davon. Auch die FDP/jll-Fraktion diskutierte diesen Antrag und kam dabei grossmehrheitlich zu der Ansicht, dass die Stadt Langenthal von dieser Aufgabe entbunden werden soll. Wir haben uns dieser Entscheidung jedoch nicht leicht gemacht, schliesslich stellt die Förderung des öV's einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar und diese Tageskarte war wirklich populär.

Was sind nun die Gründe für die Streichung? Das neue Angebot ist in wesentlichen Teilen nicht digital. Der Bestell- und Bezahlvorgang muss direkt vor am Schalter erledigt werden, was für alle Benutzer ein Rückschritt ist. Es ist nicht nur für die Einwohner der Stadt ein Rückschritt, sondern trägt auch zu einer erheblichen Belastung der Stadtverwaltung bei, was mit der Provision von ca. Fr. 1.95 für die Aufwände gar nicht abgedeckt werden kann. Das heisst, dass wir eigentlich bei jedem Verkauf drauflegen. Ebenfalls nicht abgedeckt sind die Abrechnungskontrollen gegenüber der SBB. Das Angebot ist nicht nur auf Bewohner und damit auch auf Steuerzahler in Langenthal beschränkt, sondern jede und jeder kann in Langenthal eine Spartageskarte beantragen. Da einige Gemeinden rund um Langenthal dieses Angebot bereits strichen oder erwägen, es nicht weiterzuführen, ist das Szenario nicht von der Hand zu weisen, dass wir plötzlich viel mehr Bestellungen bekommen. Im Weiteren wird es durch neue Produkte wie der SBB-eigenen Spartageskarte konkurrenziert, wobei die Preisdifferenz bis zu Fr. 10.00 betragen kann. Gleich oder ähnlich sehen dies auch andere Gemeinden, sodass rund ein Drittel der bisherigen Anbieter das neue Produkt nicht weiterführen wird. Wir sind der Meinung, dass die Stadtverwaltung von Langenthal nicht eine steuersubventionierte Verlängerung des SBB-Schalters sein muss. Schon deshalb nicht, weil wir mit der SBB selber ohne die ASM¹ zwei Verkaufsstellen von Billetten in der Stadt haben. Vielen Dank.

SP/GL-Fraktion, Georg Cap (GL): Einen Abbau des Service public sehen wir in unserer Fraktion natürlich immer ungern, da ein umfassendes, so gut ausgebautes Dienstleistungsangebot in einer notabene Zentrumsgemeinde wie Langenthal in unseren Augen sehr, sehr wichtig ist. Nur ist es im vorliegenden Fall leider so, dass die Schweizerischen Bundesbahnen durch die neuen Sparbillette für die Gemeinden eine Art Verschlimmbesserung eines beliebten und sehr bewährten Angebots durchführen, das sie durch ihr eigenes Anbieten von Sparbilletten zusätzlich eigentlich sogleich noch selber torpedieren und somit irgendwie schon fast obsolet machen. Obschon es eigentlich wünschenswert wäre, dass Langenthal als Zentrumsort auch weiterhin öffentliche Dienstleistungen im Sinne von günstigen Tageskarten erbringt, so überwiegen doch die Punkte, die gegen die Weiterführung dieses Angebots im neuen Rahmen sprechen. Namentlich ist dies erstens die umständliche Bezugsgestaltung, die unserer Meinung nach aus einem recht unsinnigen Mix aus analogem und digitalem Vorgehen besteht. Zweitens die seltsame und sehr unerklärliche Preisgestaltung, die hier vorgenommen wird, sodass es dann plötzlich mit einem Halbtax-Abo bei der SBB zum Teil günstiger kommt als ein Bezug via Gemeinde, was überhaupt keinen Sinn macht, müsste es doch überall gleichviel kosten. Drittens sehen auch wir bei diesem Durcheinander den von der Gemeinde befürchtete Mehraufwand. Und viertens geht es nicht zuletzt auch um das negative Aufwand-/Ertragsverhältnis finanzieller Natur. Schlussendlich ist es auch nicht die Aufgabe einer Gemeinde, ein suboptimal gestaltetes Angebot der SBB auszufinanzieren. Aus Unzufriedenheit über diese Angebotsverschlechterung der SBB und vor allem auch im Hinblick auf den aktuellen Sparbedarf der Gemeinde Langenthal wird unsere Fraktion somit dem Gemeinderat in diesen Punkten folgen und der Wiedererwägung und dem Verzicht auf ein künftiges

¹ ASM = Aare Seeland mobil AG



Angebot von Spartageskarten durch die Gemeinde zustimmen.

GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Auch wir diskutierten dieses Thema kontrovers. Wir waren uns einig, dass das alte System für die Bevölkerung auf jeden Fall gut war, uns das neue System aber aus den genannten Gründen, die ich nicht nochmals wiederhole, nicht durchdacht dünkt. Aus unserer Sicht ist es zudem unklar, wie sehr das neue System genutzt würde, sodass auch der damit verbundene Aufwand nicht absehbar ist. Wir wären auch gerne für eine Pilotlösung gewesen um zu sehen, wie das Angebot genutzt wird oder nicht. Allerdings werden wir unter diesen Umständen doch grossmehrheitlich für die Abschaffung votieren.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Wir stimmen hier sozusagen in den Chor der Vorredner ein, respektive der Fraktionen, die sich bereits dazu äusserten. Wir sehen es genau gleich. Wir bedanken uns auch beim Gemeinderat, dass er hier mit einem eigentlich nicht ganz populären Antrag Mut bewies. Man versuchte sich zurechtzufinden mit dem neuen Angebot. Die Evaluation zeigte aber, dass es unter einer Kosten-/Nutzen-Betrachtung keine vernünftige Lösung gibt, da man dabei einfach drauflegt. Wie es zuvor Georg Cap eigentlich völlig richtig sagte, kann es nicht Aufgabe einer Gemeinde sein, eine suboptimale Aus-, respektive Umgestaltung eines SBB-Angebots auszufinanzieren. Von dem her ist dann eigentlich der Verzicht darauf nicht unbedingt eine gute Lösung, aber unter den zur Verfügung stehenden Lösungen sicherlich mit Abstand die beste. Wir stimmen der Wiedererwägung und dem Verzicht zu und bitten einfach auch vielleicht zuhänden der Öffentlichkeit zu berücksichtigen, dass hier die Politik von links bis rechts einmal mehr bemüht ist, einen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen zu leisten. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Somit sind die Fraktionen durch. Gibt es noch Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Wenn sich alle einig sind, ist es mir jeweils unheimlich. Aber es ist nun nicht so, dass ich aus Prinzip dagegen bin. Ich sehe die vorgebrachten Argumente schon und Markus Gfeller hat ein Stück weit recht, dass es mit dem neuen Modell sicherlich komplizierter wird und man dabei sicher das eine oder andere Fragezeichen setzen kann. Was nun aber in meinen Augen heute Abend nicht gesagt wurde und was mich ganz wichtig dünkt, ist, dass dieses neue System auch Vorteile hat, die man nicht ganz vergessen darf. Den gewichtigsten Vorteil für die Gemeinden ist nämlich derjenige, dass die Gemeinden kein finanzielles Risiko mehr tragen. Dies war bis jetzt anders. Bislang musste die Gemeinde die Tageskarten einkaufen und musste sie dann auf eigene Rechnung wieder loswerden. Und wenn man dann nicht – Markus Gfeller kann mich korrigieren, 92, 93, 94% von diesen Tageskarten wieder verkaufen konnte, machte man als Gemeinde rückwärts. Somit machte man Verlust und wenn man die Unterlagen anschaute, sah man, dass dies in den vergangenen Jahren das eine oder andere Mal auch zutraf, teilweise auch noch wegen Corona. Es war regelmässig ein Abwägen, wie viele Karten man halten soll, die man dann auch verkaufen kann. Genau dieser Punkt fällt in Zukunft weg und die Gemeinde trägt bei Verkauf dieser SBB-Tageskarten kein finanzielles Risiko mehr. Dies dünkt mich ein deutlicher Vorteil gegenüber dem alten System; nebst den Dingen, die vielleicht weniger gut sein mögen.

Ich hätte deshalb dafür plädiert, dass man vorerst einmal probieren würde damit fortzufahren. Ich glaube, dass dabei der Aufwand für die Verwaltung ein bisschen ansteigt, was ich mir schon vorstellen kann. Ob es dann sogleich in diesem Ausmass ist, wie es nun dargelegt wurde, bezweifle ich noch. Aber das ist ein bisschen wie Kaffeesatz lesen, müsste man damit doch zuerst einmal Erfahrungen sammeln, wie ich finde. Und man muss sich einfach auch bewusst sein, dass man hier ein sehr beliebtes und populäres Angebot streicht. Dies ist gerade auch für die älteren Leute ein Verlust, die dann vielleicht nicht alle mit einer App schnell eine SBB-Spartageskarte kaufen, die ja die SBB selber auch anbietet, was schon stimmt, aber nur online gelöst werden kann. Und gerade ältere Semester machen so etwas mit einer App vielleicht nicht so gerne oder können es auch nicht. Mindestens für diese Leute, aber nicht nur für diese, aber vor allem für diese, wäre es von mir aus gesehen am Platz, wenn man vorerst einmal den Versuch machen würde, dieses Angebot noch weiterzuführen. Wenn man dann in einem Jahr oder zwei sehen würde, dass es wirklich einen unzumutbaren Aufwand für die Verwaltung bedeutet, könnte man gleichwohl nochmals darüber reden. Aber ich stimme diesem Verzicht heute Abend nicht zu und ermuntere Sie, sich mir anzuschliessen. Danke.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es ansonsten noch Wortmeldungen? Da dies nicht zutrifft, schliesse ich die Beratung. Möchte sich der Gemeinderat nochmals zu Wort melden? Nein, dem ist nicht so. somit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen möchte, hält die Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 4 Enthaltungen:**
 1. **Der Stadtratsbeschluss vom 22. Oktober 2007, Trakt. 5, betreffend Einführung der Gemeindeaufgabe "Tageskarte Gemeinde" wird in Wiedererwägung gezogen und aufgehoben.**
 2. **Das Angebot an (Spar-)Tageskarten wird per 31. Dezember 2023 eingestellt und die im Budget der Erfolgsrechnung 2024 in den Konten 4010.3199.90 "Kauf SBB Tageskarten" sowie 4010.4390.01 "Verkauf SBB Tageskarten" eingestellten Beträge in der Höhe von je Fr. 104'000.00 werden gesperrt.**
 3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Haas Robert (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. August 2023: Ist die Zahl der Juristenstellen in unserer Stadtverwaltung angemessen?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 5 mit der Interpellation von Martin Lerch (SVP): Ist die Zahl der Juristenstellen in unserer Stadtverwaltung angemessen?, Beantwortung und Antrag auf Abschreibung. Da das Eintreten dazu zwingend ist, fahren wir direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Da eine schriftliche Beantwortung vorliegt, gibt es keine weitere Berichterstattung durch den Gemeinderat. Auch seitens der GPK liegt meines Wissens keine Berichterstattung vor. So hat nun der Sprecher der Interpellation die Möglichkeit zu einer kurzen Stellungnahme.

Sprecher der Interpellation, Martin Lerch (SVP): Ich erlaube mir als Erstunterzeichner meine Ausführungen – und ich bin bekannt dafür, dass ich kein Langredner bin, in vier kurze Vorbemerkungen, in vier kurze Feststellungen und in eine persönliche Empfehlung als Stadtrat und als Bewohner von Langenthal, also quasi aus der Froschperspektive anzubringen. Vorneweg möchte ich ganz herzlich danken für die sehr sorgfältige und ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Das ist vorbildlich; inhaltlich muss man selbstverständlich nicht mit allem übereinstimmen. Was mir ganz wichtig ist zu betonen, dass diese Interpellation in keinsten Weise gegen unsere in der Stadtverwaltung tätigen Juristinnen und Juristen gerichtet ist. Zudem konnte und durfte ich die meisten von ihnen persönlich kennenlernen und gewann von allen einen sehr guten Eindruck und schätze sie sehr. Ich möchte mit diesem Vorstoss nicht irgendwie demotivierend wirken. Dass aber Langenthal 640 Stellenprozente für Juristen und Juristinnen bereitstellt, ist eher eine strukturelle, organisatorische und letztlich auch eine Frage der Führung. Dass Juristinnen und Juristen sehr polyvalent eingesetzt werden können, ist so glaube ich, bekannt und unbestritten. Das macht diesen Beruf ja auch so attraktiv. Selbstverständlich sind die meisten oder viele von ihnen auch für Stabsarbeiten und für Führungsaufgaben geeignet, was ich in meiner langen beruflichen Tätigkeit in verschiedenen Stellen bei Grossbank, Schweizerischem Verband, als Stadthalter und in der Diplomatie feststellen durfte.

Ich komme zu meinen vier kurzen Feststellungen. Ich darf kurz die Entwicklung der Juristenstellen in der Stadt Langenthal beleuchten, was ich selber in meiner Funktion als Stadthalter sehr eng erlebte. Ich konnte dies doch 21 Jahre begleiten, indem wir Überprüfungen der Verwaltung, dannzumal sogenannte Inspektionen, durchführten. Man überprüfte dabei jeweils zusammen mit Spezialisten auch noch die Jahresrechnung. 1990 hatten wir in der Stadt Langenthal einen Juristen. Auch unser sehr geschätzter Daniel Steiner fing noch als Einzeljurist an. Du korrigierst mich, wenn ich etwas falsch sage, aber ich glaube im 1992 kam dann ein zweiter Jurist oder auch eine Frau dazu, was dann relativ lange so ging, wie ich es noch im Kopf habe. Als ich nach zehn Jahren aus dem Ausland zurückkam, stellte ich plötzlich fest, dass hier hoppla etwas geändert hatte und hier in diesem Sektor mittlerweile mehrere Leute tätig sind. Und das war nachher mit ein Grund für diese Interpellation. Ich darf das Ganze auch ein bisschen in Relation stellen zur Entwicklung der Bevölkerung in Langenthal. 1990 hatte unsere schöne Kleinstadt 14'350 Einwohner. 2023 sind es 16'147. Dabei trug auch noch Unter- und Obersteckholz mit etwa 600 Personen zum Wachstum bei. Das führt zu einem organischen Wachstum von etwa 1'100 Personen, was 8,3% entspricht. Das ist viel weniger, als dies in der Schweiz der Fall ist, haben wir dort doch 34% und im Kanton Bern sind es etwa 12%. Somit stehen diese 8,3% an Bevölkerungswachstum in 33 Jahren der Zunahme an Juristenstellen von 640% gegenüber.

Dann gibt es natürlich den Benchmark mit anderen vergleichbaren Gemeinden wie Burgdorf, Lyss und Steffisburg. Diese drei Gemeinden haben alle ein bisschen mehr Einwohner als Langenthal und beschäftigen entweder keine, nämlich Lyss und Steffisburg, oder viel weniger Juristen wie Burgdorf mit 180%. Langenthal ist hier also der Spitzenreiter. Wir konnten lesen, wieso das so ist, indem diese 6,4 Vollzeitstellen auf mehrere Personen aufgeteilt sind. Das führt aus meiner Sicht auch zu einem gewissen Koordinationsbedarf.



Unser kleines Städtchen kann sich damit sogar mit gewissen Bundesämtern messen. Man kann diesen frappanten Unterschied zwischen Langenthal, Burgdorf, Steffisburg und Lyss auch einfach im Raum stehen und wirken lassen. Weitere Kommentare sind eigentlich gar nicht nötig. Ob jedes Amt, ausser das Finanzamt eine Ressource, ich zitiere, «Stabs- und Rechtsdienstleistung» braucht und notabene Juristen beschäftigen muss, darf bezweifelt werden, wie auch die Aussage, dass diese 640 Stellenprozente für Juristen explizit im Stellenplan verankert sind. Ich fand sie jedenfalls *expressis verbis* nicht, wobei ich mich aber natürlich gerne belehren lasse, wenn man mir das zeigen kann und ich dann diese Aussage selbstverständlich zurücknehme. Auch das Argument in der Interpellationsantwort, dass diese drei Städte viel mehr Dinge out-sourcen, ist nicht belegt. Nach Gesprächen, die ich mit Exponenten dieser Städte führen durfte, bekam ich auf jeden Fall nicht unbedingt diesen Eindruck, kann es aber nicht belegen, was ich hier fairerweise sagen muss.

Ich komme zu einer persönlichen Einschätzung und Empfehlung aus der Froschperspektive eines kleinen Stadtrates und Einwohners dieser Stadt. Ich fragte mich, wie die Aussenwirkung ist und wie dies auf unsere Bürger wirkt, wenn sie feststellen, dass hier eine recht grosse Zahl an Juristen am Werk ist? Ich erhielt auch gewisse Rückmeldungen. Aus Bürgersicht wirkt dies nicht unbedingt kunden- und bürgerfreundlich, sondern irgendwie eher abweisend, ganz nach dem Motto: «Da haben wir ja eh keine Chance und die wissen ja sicher alles besser». Solche Rückmeldungen bekam ich und eine grosse Zahl an Juristen fördert sicherlich auch ein bisschen eine Nullfehlermentalität. Das bringt uns aber nirgendwo hin, denn Fehler gibt es überall in jeder Verwaltung. Ich fragte mich auch, wie die Zahl an recht vielen Juristen nach innen wirkt? Wenn praktisch in jedem Amt ein Jurist tätig ist, sind die Mitarbeitenden im Mittelbau kaum mehr bereit sich mit juristischen Fragen zu befassen, weil sie sich sagen, dass es ihre Juristen im Amt dann ja schon richten. In meiner Tätigkeit erlebte ich es häufig, dass es hervorragende Verwaltungsangestellte gibt, die sich in juristische Themen einarbeiteten. Solche gab es gerade auch auf dem Stadthalteramt, die bei der Bevölkerung und selbst auch bei Juristen und bei den Gemeinden sehr geschätzt wurden.

Ich komme nun zu meiner Einschätzung. Die Zahl der Juristenstellen ist in Langenthal zu hoch. Sie sollte – und ich betone mittelfristig und sicherlich nicht mit irgendwelchen Übungen kurzfristig, auf ein landes- oder kantonsübliches Mass runtergebracht werden. Ich kann persönlich sehr gut damit leben, wenn es diese 3,7 Juristenstellen im engeren Rechtsbereich sind, was sicherlich absolut vertretbar ist. Man könnte sich auch überlegen, ob es nicht Sinn machen könnte, einen Ökonomen anzustellen, der uns ein bisschen auf die Finger schaut, gerade auch bei unseren Beschlüssen, die wir fassen und dieser präventiv, aber auch im Nachhinein erklärt, was dies finanziell für Auswirkungen haben wird. Für mich stellt sich auch die Frage, ob Langenthal noch die richtige und passende Organisationsstruktur hat? Ob dieses Verwaltermodell mit einem Verwaltungschef in Langenthal auch mittelfristig noch dem richtigen Ansatz entspricht, oder ob nicht die politisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter wieder mehr Führungsverantwortung auch im Personalbereich übernehmen sollten? Das ist sicher ein Thema, das man aus meiner Optik weiterverfolgen und prüfen sollte. Oder wie die Franzosen sagen: «*affaire à suivre*». Ich komme zum Fazit. Die Antwort ist für mich sehr gut nachvollziehbar, tendenziell bin ich aber nicht mit allen Punkten zufrieden. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Eine Diskussion gibt es nur dann, wenn der Rat dies wünscht. Und dies wünsche er glaube ich nicht. So kommen wir zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer diese Interpellation abschreiben möchte, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimme Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

1. **Die Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Haas Robert (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. August 2023: Ist die Zahl der Juristenstellen in unserer Stadtverwaltung angemessen? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



6. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 6 mit der parlamentarischen Fragestunde. Dazu bitte ich den Gemeinderat sich sogleich selber zu organisieren. Wer beginnt seitens des Gemeinderates? Reto Müller, Stadtpräsident.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es gingen neu Fragen ein und Kraft meines Amtes darf gleich acht davon selber beantworten. Die erste Frage ist von Sandro Baumgartner, ist im Bereich «Präsidiales» angesiedelt und geht um die Digitalisierung der Verwaltung in Langenthal.

Stadtpräsident Reto Müller (SP):

■ Fragen von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Digitalisierung Verwaltung Langenthal:**

Bei Unterlagen für diverse Kommissionen wie auch für den Stadtrat werden die Dokumente zum Teil ausgedruckt und wieder eingescannt. Dadurch mindert sich die Qualität der Dokumente und die Speichergrösse wird vervielfacht. Ebenfalls entfällt die Benutzerfreundlichkeit wie z.B. Suchfunktionen etc.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Traktandum 5 der Stadtratssitzung vom 23.10.2023

«B_Beilage_1_20230515_BA_Los4.1_OeV_BHS_Rahmenkredit»

- 1. Besteht in der Verwaltung ein Konzept, wie die Digitalisierung vorangetrieben werden soll? Und bis wann dies umgesetzt ist?*
- 2. Falls nein, ist es angedacht ein Konzept zur Digitalisierung von Abläufen zu erstellen?*
- 3. Kann quantifiziert werden, wie viele Stunden für das Ausdrucken und Scannen der Dokumente aufgewendet wird?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. In den Richtlinien der Regierungstätigkeit wird in Massnahme 1 festgehalten, dass die Stadt Langenthal bis am 31. Dezember 2024 eine elektronische Verwaltung der Geschäftsunterlagen etablieren wird. Dieses Vorhaben ist in der Verwaltung im Projekt ILMA (Information LifeCycle Management and Archiving) in Arbeit. Darin wird die digitale Dokumentenverwaltung inklusive digitalem Teilen von Unterlagen in den unterschiedlichen Gremien umgesetzt. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Behörden werden wir voraussichtlich im Herbst 2024 damit beginnen, diese Lösung schrittweise auszurollen.

2. Eine generelle Digitalisierungsstrategie wurde bisher nicht in Auftrag gegeben. Zur Planung und Koordination der anstehenden Massnahmen – insbesondere derjenigen aus dem neuen kantonalen Gesetz über die digitale Verwaltung erfolgen, wurde verwaltungsintern eine mittelfristige Grobplanung erstellt.

Die Grobplanung beinhaltet Projekte mit Fokus auf die Bevölkerung, die Verwaltung und die Wirtschaft. Im Bereich der Bevölkerung sind beispielsweise der weitere Ausbau des Online-Schalters und die Einführung einer digitalen Mitwirkungsplattform in Umsetzung. Seitens Verwaltung hat das Projekt ILMA hohe Priorität, aber auch weitere Vorhaben wie z.B. die digitale Signatur. Zugunsten der Wirtschaft sind Themen wie das Verlangen und Ausstellen von digitalen Rechnungen vorgesehen. Die Digitalisierung ist jedoch auch nach der Umsetzung dieser Massnahmen nicht einfach «umgesetzt», sondern sie beschreibt einen stetigen Entwicklungsprozess der Verwaltung.

3. Mittels manueller Messung könnten wir die Stunden zum Einscannen grob eruieren. Eine solche Messung haben wir aber nicht und möchten wir auch nicht vornehmen, da mit dem aktuell laufenden Projekt ILMA Optimierungen absehbar sind.

Gibt es sachbezogene Zusatzfragen? Nein.



Thema Nr. 2 und Thema Nr. 3 sind sehr ähnlich und auch diese betreffen den Bereich «Präsidiales».

■ Fragen von **Stadträtin Päivi Lehmann und Stadtrat Linus Rothacher (beide SP)** zum Thema: **Kollegialitätsprinzip Gemeinderat:**

Im Rahmen der kommunalen Abstimmungen über die Kredite für die Neubauten der Kindergärten vom 17.12.2023 wurde am 23.11.2023 ein Flugblatt des Contra-Komitees in alle Haushalte versendet. Auf diesem Flugblatt warb ein Gemeinderatsmitglied unter Angabe seiner Funktion, entgegen der offiziellen und im Rahmen der Informationsanlässen kommunizierten Haltung des Gesamtgemeinderates, für die Ablehnung der Kredite. Aus diesem Sachverhalt ergeben sich folgende Fragen:

1. *Wie ist das Kollegialitätsprinzip des Gemeinderates in der Stadt Langenthal ausgestaltet?*
2. *Unter welchen Umständen ist es einem Mitglied des Gemeinderates gestattet, in einer Volksabstimmung gegen die Haltung des Gesamtgemeinderates in Opposition zu gehen? Sind diese im vorliegenden Fall erfüllt? Welche Konsequenzen hätte die Nichterfüllung dieser Voraussetzungen?*
3. *Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat aus dem Vorfall gemäss Sachverhalt?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Art. 12, 4. Lemma des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung bestimmt, dass der Gemeinderat seine Beschlüsse als Kollegialbehörde fasst und vertritt. Weitergehende reglementarische Festlegungen zum Kollegialitätsprinzip bestehen nicht.
2. Art. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates führt unter dem Randtitel «Kollegium» aus: «Der Gemeinderat fasst seine Beschlüsse als Kollegialbehörde. Sie sind für das ganze Kollegium verbindlich. Will ein Mitglied in der Öffentlichkeit oder im Stadtrat eine vom Kollegialentscheid abweichende Auffassung vertreten, so hat es das während der entsprechenden Sitzung zu Protokoll zu erklären.»

Die weiteren Fragen wird der Gemeinderat im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde zu diesem Thema nicht beantworten. Ich bitte um Verständnis, wie Sie heute in der Zeitung lesen konnten, dass Sie dem Gemeinderat auch Zeit und Momente geben, damit wir dieses Thema zuerst unter uns besprechen können, was wir auch in der nächsten ordentlichen Sitzung machen werden.

Gibt es dazu sachbezogene Zusatzfragen? Nein.

■ Fragen von **Stadtrat Gerhard Käser (SP)** zum Thema: **Gemeinderäte in Abstimmungskomitees:**

In Langenthal gilt nach wie vor die Abmachung, dass sich der Gemeinderat zwischen einem Stadtratsentscheid und einer Volksabstimmung bezüglich Abstimmungsempfehlungen zurückhält.

1. *Ist dies in der heutigen Zeit mit zum Teil sehr komplexen Themen noch zeitgemäss?*
2. *Wie passt es zusammen, wenn Mitglieder des Gemeinderates zu kommunalen Themen persönliche Empfehlungen auf Social Media verbreiten oder sogar aktiv in Abstimmungskomitees mitmachen?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Der Gemeinderat ist als kommunale Regierungsbehörde in seinem Verhalten in der Phase zwischen der Verabschiedung einer Vorlage, über die die Stimmberechtigten entscheiden, und dem Termin der Abstimmung eingeschränkt, was er kann und darf. Sein Verhalten muss sich an von Wissenschaft und Rechtsprechung entwickelten, im Detail sehr differenziert ausfallenden Grundsätzen, orientieren. Diese Grundsätze gehen zurück auf Art. 34 der Bundesverfassung, der unter dem Titel «politische Rechte» festlegt:

¹ Die politischen Rechte sind gewährleistet.



² Die Garantie der politischen Rechte schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe.

Ausgehend von diesem Grundsatz der Bundesverfassung (und entsprechender kantonaler Verfassungsbestimmungen) sollen sich (exekutive) Behörden, und damit auch der Gemeinderat, ganz generell und sehr summarisch zusammengefasst, in der fraglichen Zeitspanne sehr zurückhaltend, jedoch sachlich informativ, transparent und ausgewogen verhalten und äussern, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die Stimmberechtigten ungebührlich in ihrer Willensbildung und der unverfälschten Stimmabgabe einzuschränken oder zu beeinflussen. Da der Stadtrat den Stimmberechtigten jeweils eine nach diesen Grundsätzen verfasste Abstimmungsbotschaft zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet, besteht grundsätzlich für den Gemeinderat keine Notwendigkeit eines zusätzlichen Verhaltens, zumal wie ausgeführt die Grenzen des Zulässigen eng gezogen sind.

Weitergehende Antworten zu diesem im Detail sehr differenzierten und umfassenden Thema sind im Rahmen einer parlamentarischen Fragestunde heute nicht möglich.

Auch die nächsten Fragen betreffen das Ressort «Präsidiales».

■ Fragen von **Stadtrat Dyami Häfliger (GLP)** zum Thema: **Kommunikationsstrategie:**

1. *In der Kommunikationsstrategie der Stadt Langenthal vom 26. Januar 2022 ist unter Ziffer 8 von unterschiedlichen Kommunikationskanälen zu lesen, insbesondere Newsletter. Ist ein solcher für die Stadt Langenthal geplant?*
2. *Weiter ist unter Ziffer 10 im letzten Absatz zu lesen, dass das Thema Social Media in einem separaten Konzept geklärt und geregelt wird. Wie weit ist ein solches Konzept? Strebt die Stadt eine Präsenz in den sozialen Netzwerken als direkten Informationskanal zur Bevölkerung an?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Die Stadt verfügt bereits über einen E-Mail-Newsletter. Dieser kann auf der Website der Stadt – unter der Rubrik Online-Schalter →Abo-Dienste – abonniert werden. Der Dienst umfasst verschiedene Dienstleistungen. Sie können sich beispielsweise über allgemeine Neuigkeiten der Stadt Langenthal, Wahl- und Abstimmungsergebnisse oder auch wöchentlich über die anstehenden Veranstaltungen der nächsten 10 Tage informieren lassen.
2. Die Präsenz in den sozialen Netzwerken wurde durch die zuständige Stelle der Verwaltung geprüft. Es wurde entschieden, vorläufig auf der Plattform LinkedIn präsent zu sein. Für diese Präsenz existiert ein entsprechendes Konzept. Die Stadt Langenthal ist seit rund einem Jahr aktiv auf LinkedIn und verzeichnet 837 Follower (Stand 27.11.2023). Der LinkedIn-Kanal verzeichnet ebenfalls ein organisches Wachstum und die Anzahl Follower steigt wöchentlich. Die einzelnen Posts erzielen zwischen 500 – 3'000 Impressionen pro Post und die Klickrate variiert zwischen drei und zwölf Prozent.

Die Präsenz auf anderen Plattformen – wie z. B. Facebook, Instagram, X (vormals Twitter) oder TikTok – wird aktuell nicht in erster Priorität angestrebt, da sich die zuständigen Fachbereiche auf folgende Projekte fokussieren: Aufbau des Dokumentenverwaltungssystems im Projekt ILMA, Ausbau Online-Angebote auf der städtischen Website, Einführung E-Mitwirkungstool, Stärkung der internen Kommunikation auf den bisherigen und neuen Kanälen. Dies soll allerdings nicht heissen, dass ein künftiger Ausbau der Präsenz in den sozialen Medien ausgeschlossen wäre. Mit einer verstärkten Präsenz liessen sich noch mehr Langenthalerinnen und Langenthaler erreichen. Die zuständigen Fachbereiche der Stadtverwaltung sind sich dessen bewusst und prüfen einen weiteren Ausbau unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen.

Gibt es Zusatzfragen?



Stadtrat Dyami Häfliger (GLP): Wir der Kanal LinkedIn gegenwärtig als Informationskanal für die Bevölkerung genutzt oder als Vermittlungsplattform für zukünftige Mitarbeitende der Stadt?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Sowohl als auch. Und wenn Sie noch nicht Followerin oder Follower sind, dann gibt es heute noch etwas Wachstum.

Beim Thema 5 geht es erneut um Personelles.

- Frage von **Stadtrat Gerhard Käser (SP)** zum Thema: **Überführung Stundenlöhnerinnen und Stundenlöhner in Festangestellte:**

Wie weit ist der Gemeinderat in der seit langem geplanten Überführung von Stundenlöhnerinnen und Stundenlöhnern in Festangestellte? Nach wie vor sind Fälle bekannt, in denen Angestellte der Stadt Langenthal bis zu 100 % im Stundenlohn arbeiten.

- **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Die geplante Überführung war bis Ende letzten Jahres von Seiten des Fachbereichs Personal weit fortentwickelt. Im Laufe des Projektes stellte der Verwaltungsleiter festgestellt, dass die eingesetzten personellen Ressourcen in den Bereichen, in denen wir Stundenlohnangestellte haben, sehr unterschiedlich sind, obwohl es überall um gleichartige Reinigungsarbeiten geht. Eine weitergehende Abklärung dazu ergab, dass in den einzelnen Bereichen nicht nur zum Teil erheblich unterschiedliche Personalpläne festgelegt wurden, sondern dass auch sehr unterschiedliche, zum Teil sogar gar keine Vorgaben zur Reinigungsqualität bestehen. Erst wenn solche Vorgaben bestehen, kann der tatsächlich nötige Personalbedarf im Reinigungsbereich ermittelt werden, und erst dann steht auch fest, welche Anstellungsverhältnisse öffentlich-rechtlich und dauerhaft zu begründen sind, und wo es dann noch bei Stundenlohnangstellungen bleibt. Die entsprechenden Aufträge, um dies zu klären, wurden durch den Verwaltungsleiter erteilt und sind in den zuständigen Ämtern in Bearbeitung.

Nun kommen wir zum Bereich «Bau und Planung».

- Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Bahnhofumbau:**

Beim Bahnhof rutschen Leute - insbesondere bei Regen, immer wieder aus. Die Rampe zum Perron 4/5 ist das Problem mit der teilweise konvexen Form. Diese entspricht den SIA-Normen nicht. Die Projektleitung der SBB kommt mit Ausflüchten und das Stadtbauamt, welches für die Sicherheit auf öffentlichen Baustellen zuständig wäre, ebenfalls. Dabei könnte man das Problem bereits mit einer Antirutschmatte lösen. Notfalls könnte die SUVA für eine Beurteilung angerufen werden.

1. *In welcher Form nimmt das Stadtbauamt die Sicherheitsprüfungen wahr?*
2. *Wurden hinsichtlich der Unterführung / Rampen Sicherheitsmängel beanstandet?*
3. *Ist der Gemeinderat bereit der SBB-Projektleitung die Verwendung von Antirutschmatten zu empfehlen?*

- **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Am 4. Oktober 2023 ging bereits eine ähnlich lautende Anfrage bei der SBB und der Stadt ein. Die SBB beantwortete diese am 5. Oktober 2023. Die SBB und die Stadt sind laufend in einem engen Austausch zu diesen Themen, bisher gingen weder bei der SBB, noch bei der Stadt Hinweise zu stürzenden Personen ein. Der Gemeinderat nimmt Sicherheitshinweise sehr ernst. Den Vorwurf, dass sich Verantwortliche mit Ausflüchten bedienen, weisen wir ganz klar und sehr deutlich zurück.

1. Das Stadtbauamt hat keine rechtliche Grundlage für Sicherheitsüberprüfungen auf SBB-Baustellen. Die Verantwortung für die Sicherheit auf Baustellen liegt beim jeweiligen Bauherrn. Im vorliegenden



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

Fall ist bekanntlich die SBB die Bauherrin – die Stadt ist nur Bestellerin – und verantwortet die Sicherheit auf ihrer Baustelle. Die Rampe zum Perron 4/5 ist zudem ein wichtiger Teil des Bahnzugangs und unterliegt den entsprechenden Richtlinien der SBB. Die SBB führt regelmässig Kontrollgänge durch.

2. Nein. Verbesserungspotenziale wurden aber erkannt, Massnahmen zur Erhöhung der Trittsicherheit werden laufend umgesetzt, sei dies das Optimieren des Gefälles oder das Aufräumen. Bislang stellte in diesem Bereich noch niemand von ausserhalb Sicherheitsmängel fest.
3. Nein. Wir erachten die von der SBB laufend umgesetzten Massnahmen als zielführender. Mit zusätzlich angebrachten Anti-Rutschmatten entstehen am Beginn und Ende der Matten zusätzliche, mögliche Stolperfallen.

■ Frage von **Stadtrat Martin Lerch (SVP)** zum Thema: **Bahnhofsuhr:**

Täglich passieren mehrere hundert, wenn nicht tausende Personen den Platz mit dieser Uhr. Die seit Monaten stillstehende Uhr könnte – trotz reger Bautätigkeit – den Eindruck erwecken, dass Langenthal nicht mit der Zeit geht und dass hier die Zeit stehen geblieben ist. Sollte diese Uhr nicht mehr ins Konzept passen, wäre sie wohl zweckmässigerweise zu entfernen.

Sind die zuständigen Stellen der Stadt Langenthal bereit, bei den zuständigen Stellen (SBB?) zu intervenieren, damit die Uhr zwischen Bahnhof und dem Restaurant Da Luca wieder in Gang gesetzt wird?

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Ja. Die Stadt intervenierte bereits. Die Abklärungen ergaben, dass die Stromversorgung der Uhr aufgrund der laufenden Bauarbeiten unterbrochen werden musste. Bis zur Fertigstellung der Bauarbeiten kann die Uhr leider nicht weiterlaufen. Für die Erstellung des Bahnhofplatzes muss dann die Uhr aber so oder so demontiert werden. Sie wird dann aufgefrischt – es handelt sich dabei ja um ein Original von Moser-Baer – und mit Fertigstellung des Platzes neu wieder installiert. Die Uhr ist im Eigentum der Stadt Langenthal und es ist dem Gemeinderat wichtig, dass dieselbe Uhr wiederum an einem Kandelaber, und nicht irgendwie am Gebäude, auf dem Platz nach Abschluss der Bauarbeiten montiert wird. Wir sind mit der SBB im Gespräch, ob wir die Uhr bereits jetzt demontiert sollen oder ob wir sie abdecken.

Gibt es sachbezogene Zusatzfragen?

Stadtrat Martin Lerch (SVP): Ja, kann man mit einer Batterie nicht überbrücken?

(Zwischenruf: Sie leuchtet und man kann sie nicht abschalten.)

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Bevor es hier nun zu einer Diskussion kommt, die so nicht in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, nehme ich die Frage mit. Vielleicht ist es dann doch der pragmatische Weg, dass man sie entfernt, da sie ja so oder so in die Revision muss, sodass wir sie wohl vorab wegnehmen. Ich sagte Martin Lerch auch schon, gehe ich doch zum Bahnhof und denke dabei, dass ich nicht auf die Uhr schauen darf, weil sie nicht stimmt. Und dann schaue ich doch jedes Mal zur Uhr und denke, dass diese Zeit ja nicht stimmen kann und es schon so spät ist. Merci für die Frage.

■ Frage von **Stadtrat Dyami Häfliger (GLP)** zum Thema: **Sanierung Markthalle und Schwimmbad:**

Ist bereits bekannt, wann die anstehenden (Teil)Sanierungen der Märthalle und des Schwimmbads Langenthal erfolgen sollen?

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Im aktuell gültigen Investitionsplan 2024-2028 vom 5. Juli 2023 sind für die Planjahre 2024-2028 weder für die Sanierung Markthalle, noch für die Sanierung des Schwimmbades Kosten eingestellt.

So bin ich mit meinen Fragen durch und übergebe das Wort an Michael Schär.



Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich darf noch eine Frage zu «Energie und Umwelt» beantworten, die ebenso von Dyami Häfliger gestellt wurde.

- Frage von **Stadtrat Dyami Häfliger (GLP)** zum Thema: **Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts:**

Am 29. November 2021 wurde die Motion «Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal» als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt sowie am 29. August 2022 abgeschlossen. Wie weit sind die Arbeiten? Kann bereits eine Aussage über die Fertigstellung gemacht werden?

- **Antwort von Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

Die Arbeiten am Biodiversitätskonzept sind noch am Laufen. Insbesondere die Bestandsaufnahme bestehender Naturwerte nahm mehr Zeit in Anspruch als geplant. Mit einer Fertigstellung kann im zweiten Semester des Jahres 2024 gerechnet werden.

Gibt es dazu eine Zusatzfrage? Nein, besten Dank.



7. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 7 mit den Mitteilungen des Gemeinderates.

Stadtratspräsident Reto Müller (SP): Ich informierte Sie auch schon an dieser Stelle, dass wir einen Wechsel in der Ressortzuteilung vornahmen. Wir teilten dabei den Fachbereich «Tiefbau» neu dem Ressort von Michael Schär «Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltweltschutz und Tiefbau» zu. Wir stellten dann noch fest, dass wir wahrscheinlich auch noch in der Stellvertretungsregelung Präzisierungen vornehmen müssen. Indem es von der Stadtverfassung her bereits so vorgesehen ist, dass der jeweilige Stadtpräsident oder Stadtpräsidentin zwei Ressorts führt, sahen wir auch, dass es dabei komische Stellvertretungsregelungen gibt, sodass wir dies nochmals umfassend diskutierten und neu regelten. Als Stellvertretung für das Ressort «Präsidiales, regionale Zusammenarbeit, Stadtmarketing und Tourismus», das jeweils vom Stadtpräsidium geführt wird, bestimmten wir das Vizestadtpräsidium mit Markus Gfeller ad personam. Wir haben im Bau- und Planungswesen, bei dem ebenso Reto Müller der Vorsteher ist, nun Michael Schär als Stellvertreter. Beim Ressort «Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltweltschutz und Tiefbau», das weiterhin Michael Schär unterstellt ist, liegt die Stellvertretung neu bei Reto Müller. Dafür wurde beim Bereich «Bildung und Jugend», dem Matthias Wüthrich vorsteht, Martina Moser als Stellvertreterin bestimmt. An und für sich und ansonsten ergaben sich keine weiteren Änderungen in diesen Zuteilungen der Ressorts und in den Stellvertretungen. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme dieser Zuteilungen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.



8. Eingereichte Motion der SP/GL Fraktion und Mitunterzeichnende vom 27. November 2023: Aus Leerraum wird Lebensraum. Für mehr Zwischennutzungen in Langenthal

Motionstext:

"Aus Leerraum wird Lebensraum. Für mehr Zwischennutzungen in Langenthal"

Antrag:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Plattform, eine Anlaufstelle oder eine andere Form der Sammlung und Aufbereitung zur Verfügung zu stellen, die es Eigentümer*innen und Verwalter*innen erlaubt, ihre leerstehenden Räumlichkeiten und Gewerbeflächen für Zwischennutzungen anzugeben und Interessierten die Möglichkeit zu bieten, nach niederschwelliger, kurzfristiger Miete zu fragen.*

Begründung:

*Ideen, Veranstaltungen, Proberäume, Pop-Ups, Zwischenlagerungen etc. scheitern meist an fehlenden bezahlbaren Räumen. Gewerbeflächen stehen oft monatelang leer, statt genutzt zu werden. Gerade die Langenthaler Innenstadt würde von mehr Belebung und auch kurzfristigeren Nutzungen profitieren, denn Leerstand wirkt sowohl auf Kundschaft wie auch auf potentielle neue Mieter*innen von Gewerbeflächen kaum attraktiv.*

*Auch wenn die Stadt selbst nicht Eigentümerin von vielen der Leerflächen ist, so kann sie doch Verantwortung für die Belebung übernehmen, indem sie Vermieter*innen geeignete Möglichkeiten bietet, mit Interessierten und umgekehrt in Kontakt zu treten. Die Stadt sollte an einem attraktiven Wirtschafts-, Kultur- und Gewerbestandort interessiert sein. Wenn sie Bedingungen für mutiges Handeln schafft, profitieren alle. Der Gemeinderat soll dadurch die Wichtigkeit von Zwischennutzungen für die Belebung insbesondere der Innenstadt bezeugen.*

Wir sind überzeugt, dass mehr Belebung in Gebieten, wo Leerstand von Gewerbe- und Büroflächen herrscht, positive Auswirkungen auf unterschiedlichste Bereiche hat. Durch mehr Belebung profitieren die bereits bestehenden Geschäfte und Firmen, da sich z.B im Falle von Pop-Ups interessierte Kundschaft bewegt oder im Falle von Ateliers/Galerien auch ein neues Publikum erschlossen werden könnte. Durch mehr Belebung steigt auch das Sicherheitsgefühl im Stadtraum.

Niederschwellige, kurzfristige Nutzungen von Leerraum lassen zu, dass Ideen rasch angegangen werden, Projekte ihren Start oder ihren Abschluss finden, Kunstschaffende ihre Werke präsentieren oder Startups ihr Produkt verkaufen könnten.

Verglichen mit anderen Städten unternimmt die Stadt Langenthal bisher nichts gegen den Leerstand. Einige Flächen sind seit Jahren leer. Die Stadt Bern wiederum kennt sogar eine eigene Stelle für die Vermittlung von Zwischennutzungen, dies sogar für den Wohnraum. Wir glauben nicht, dass wir das in Langenthal in dieser institutionalisierten Form auch brauchen, glauben aber, dass eine Positionierung von Seiten Stadt für Zwischennutzungen den entsprechenden Effekt hat.

Zwischennutzungen entsprechen dem Zeitgeist. Gerade in Folge der Pandemie wird ein spontaneres Konsumverhalten festgestellt. Dies wird wohl im Falle von Projektideen nicht anders ein. Lieber kurzfristig mit einem absehbaren Ende etwas ausprobieren, statt sich von Beginn an voll reinstürzen.

In Zwischennutzungen steckt viel Potential und Effekt, die es zu suchen gilt!

Beispiel:

Eine einfache Lösung könnte sein, die Programmierung, die bereits für den Veranstaltungskalender auf der Stadt-Webseite genutzt wird, so umzubauen, dass auf dieselbe Art und Weise Leerräume auf der Stadtwebseite eingetragen werden könnten. Der Aufwand für diesen Umbau wäre gering. Die Nutzung für Interessierte simpel und selbsterklärend.

Es bedarf etwas Kommunikationseffort von Seiten Stadt, um auf das neue Tool aufmerksam zu machen. Analog dem Veranstaltungskalender würde jemand auf der Stadt die Einträge auf ihre Richtigkeit prüfen und dann



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

online schalten. Für die Stadt sollte das Funktionieren der Zwischennutzungs-Vermittlung nach einer einmaligen Investition in die Programmierung des Formulars schliesslich kostenneutral sein.

*Alles Weitere würde schliesslich zwischen Vermieter*in und Mieter*in individuell ausgehandelt. Für Zwischennutzungen sollte eine möglichst simple Vereinbarung getroffen werden. Eine Art von Standardverträgen, die zum Download bereitgestellt würden, wären hilfreich. Im Idealfall decken die Mietkosten die laufenden Kosten der Fläche, was Mieter*innen kostengünstige Nutzungen von zentral gelegenen Räumen ermöglicht, während die Innenstadt belebt würde und so früher oder später wieder zu regulären Mieter*innen führen könnte. Durch die Zwischennutzungen sollte also nicht per se Gewinn erzielt werden, sondern die kurzfristige Belegung für Bewerbung von längerfristiger Vermietung ist das Ziel."*

SP/GL-Fraktion

(Erstunterzeichnende: Saima Linnea Sägesser)



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 27. November 2023

In eigener Sache

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit wäre diese Sitzung bereits fast geschafft. Die nächste Stadtratsitzung und somit die letzte dieses Jahres findet Montag, 18. Dezember 2023 wiederum hier in der Alten Mühle statt. Meines Wissens beginnt sie um 18.00 Uhr und ab morgen sind auch bereits die Traktanden aufgeschaltet, sodass Sie schauen können, was Sie dann erwartet. Zudem erhielten Sie eine Einladung für den anschliessenden Apéro um 20.00 Uhr. Morgen sollte auch noch eine Anmeldung für diejenigen, die noch etwas essen wollen, verschickt werden. Dieses Essen muss aber jeder selber zahlen und dazu gibt es einen Menüvorschlag.

So danke ich allen für die speditive Sitzung. Ich glaube, dies war eine der schnellsten Sitzungen in diesem Jahr. Es ist richtig ungewohnt, wenn wir bereits um 20.30 Uhr Feierabend machen können. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass wir etwas vergassen. Die Juristin neben mir sagt mir aber eben, dass wir nichts vergassen. So wünsche ich Ihnen einen schönen Abend, zumal Sie ihn ja noch ein bisschen geniessen und noch etwas trinken gehen können. Ich freue mich auf die letzte Sitzung, wünsche allen einen schönen Abend, merci vielmals und Tschüss zusammen.